

Dr. Tobias Peters

# Weltwirtschaft lahmt, Gegenwind erreicht das Bundesland

## Konjunktur und Beschäftigungsentwicklung im Land Bremen (vor Corona)

### In aller Kürze:

Die Weltwirtschaft geriet zuletzt ins Stocken, der internationale Handel schwächte sich merklich ab. Große Unsicherheiten machen vor allem der Industrie zu schaffen, da Investitionsgüter weniger nachgefragt werden. Auch der Automobilsektor ist im Umbruch. Das trifft vor allem die exportorientierte deutsche Wirtschaft – und das Land Bremen, wo die Wirtschaftsleistung im vergangenen Jahr nicht gewachsen ist. Die Bremsspuren sind auch auf dem Arbeitsmarkt zu sehen: Zwar waren im Juni 2019 so viele Menschen sozialversicherungspflichtig beschäftigt, wie nie zuvor zu diesem Stichtag: Weniger offene Stellen, mehr Entlassungen und eine höhere Arbeitslosenquote signalisierten bereits ein rauer werdendes Umfeld. Für das laufende Jahr waren die Konjunkturprognosen jedoch verhalten optimistisch: Deutschlandweit wurde das elfte Jahr in Folge mit einem positiven Wirtschaftswachstum gerechnet. Durch die Corona-Krise hat sich die Lage jedoch schlagartig verändert. Die Auswirkungen auf Wirtschaft und Arbeitsmarkt sind drastisch, eine Rezession wird unumgänglich sein.

### Arbeitsmärkte fast überall stabil, aber Unsicherheiten belasten Welthandel – Automobilbranche in Sorge

➔ Für die Weltwirtschaft war 2019 kein besonders gutes Jahr. Es dürfte sogar das Jahr mit dem global schwächsten Wirtschaftswachstum seit der Finanz- und Wirtschaftskrise gewesen sein. Es ist den weiterhin deutlich expandierenden Dienstleistungen zu verdanken, dass der Abschwung moderat verläuft. Vielerorts ist die Konsumnachfrage weiterhin hoch, die privaten Haushalte profitieren von einer nach wie vor guten Arbeitsmarktlage. Weltweit und insbesondere in den Industrienationen hat die Beschäftigung zugelegt, da Unternehmen bemüht sind, qualifizierte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zu halten, obwohl die Produktion im verarbeitenden Gewerbe seit einiger Zeit stagniert und in den entwickelten Volkswirtschaften sogar sinkt. Die Weltkonjunktur hat sich dadurch deutlich abgekühlt. Dies ist nicht zuletzt eine Folge der handelspolitischen Konflikte, die insbesondere den Warenaustausch zwischen den USA und China, aber auch anderer asiatischer Staaten wie Japan oder Südkorea, belasten. Welthandelsindikatoren sinken, der Containerumschlag stagniert. Der innereuropäische Handel leidet unter den Wirrungen um den Austritt des Vereinigten Königreichs aus der Europäischen Union und damit dem gemeinsamen Binnenmarkt. Und nicht zuletzt schlagen die Probleme der Automobilbranche auf den internationalen Handel durch. Es sind nicht nur zyklische Faktoren, auch die Klimadebatte und der Übergang zu alternativen Antriebsformen sowie das Auslaufen von Steuerermäßigungen auf Autokäufe in China führten zu geringeren Absatzzahlen. Experten rechnen damit,

dass sich die globale Automobilnachfrage auf dem niedrigeren Niveau einpendeln wird. Nachdem die Branche jahrzehntelanges Wachstum gewohnt war – alleine von 2005 bis 2018 um 25 Prozent –, dürften die Verkäufe im vergangenen Jahr um circa fünf Prozent zurückgegangen sein. Auch für das laufende Jahr erwartet der Verband der Automobilindustrie ein Schrumpfen des weltweiten Pkw-Marktes – bei steigender Konkurrenz in der Produktion aus China, das mittlerweile nicht nur Weltmarktführer in der Nachfrage, sondern auch im Bau von Autos ist.<sup>1</sup> Die Automobilproduktion in Deutschland hat sich – nach dem Absacken durch Probleme mit dem neuen Abgasprüfverfahren Mitte 2018 – nicht wie erhofft erholt. Momentan werden jeden Monat rund 100.000 Autos weniger produziert als noch in den vergangenen Jahren.

Dass diese weltwirtschaftlichen Entwicklungen für den Stadtstaat Bremen von großer Bedeutung sind, zeigt sich mit einem Blick auf seine Exporte: Im Jahr 2018 erreichten sie einen Wert von über 21 Milliarden Euro. Allein der Wert der ausgeführten Pkw lag dabei bei rund 10 Milliarden Euro, Luftfahrzeuge wurden im Wert von 2,3 Milliarden Euro verschifft, Eisen und Stahl für 1,5 Milliarden Euro. Die Ausfuhren erreichten insgesamt einen Wert von fast 63 Prozent des bremischen Bruttoinlandsprodukts, im Saarland, dem Land mit der zweithöchsten Exportquote, sind es knapp 44, in Berlin weniger als zehn Prozent. Die wichtigsten Handelspartner Bremens sind dabei neben Frankreich die USA, China und das Vereinigte Königreich. Es wird deutlich, dass Bremen mit seiner exportorientierten Wirtschaftsstruktur wie kein anderes Bundesland ein Interesse an einem funktionierenden und freien Welthandel haben muss. Für die hiesige Wertschöpfung und für den regionalen Arbeitsmarkt hat er direkte Auswirkungen.

Die beschriebenen Unsicherheiten um Handelskonflikte – nach dem zumindest vorläufigen Beilegen des Streits mit China könnte sich die amerikanische Administration nun verstärkt Europa widmen –, dem Brexit, die weitere wirtschaftliche Entwicklung Chinas oder dem Fortgang an den Krisenherden der Welt belasten auch dadurch, dass sie die Investitionsbereitschaft von Unternehmen dämpfen. Stabile politische und wirtschaftliche Rahmenbedingungen helfen der internationalen

Konjunktur, sind jedoch momentan in weiter Ferne. Von den verschiedenen Indizes, die das Ausmaß der globalen Unsicherheit zu messen versuchen, ist der Verlauf des „World Trade Uncertainty Index“ sicherlich der drastischste: Seit Beginn der Erhebung 1996 und bis Ende 2016 lag er trotz 9/11 oder Finanz- und Eurokrise nie bei einem Wert höher als elf und war ohnehin nur in zwei Quartalen zweistellig. Im vierten Quartal 2019 ist er auf 174 gestiegen. Dass sich auch als Folge der Unsicherheiten Investitionsgüter zunehmend schlechter verkaufen, schadet der deutschen Wirtschaft massiv, da sie auf den Export von Industrieprodukten, Maschinen und Anlagen angewiesen ist.

## **Bau und Dienstleistungen stark, Industrie schwach: konjunkturelle Entwicklung in Deutschland gespalten**

Der Wachstumsbeitrag des Außenhandels für die deutsche Wirtschaftsleistung war daher 2019 negativ. Vor allem die Exporte entwickelten sich wenig dynamisch. Aber auch die Inlandsnachfrage nach Industrieprodukten verlangsamte sich deutlich. In Summe sind Produktionsrückgänge auf breiter Basis zu beobachten, die nicht auf die Automobilherstellung begrenzt sind. Die Industrieproduktion war 2019 rückläufig; laut Statistischem Bundesamt sank die Wertschöpfung im verarbeitenden Gewerbe um 3,6 Prozent.<sup>2</sup> Auch die unternehmens- und vor allem industrienahen Dienstleistungen werden von der Schwäche erfasst.

Ein anderes Bild zeichnet sich in personen- und staatsnahen Dienstleistungen. Die Ausgaben der privaten Haushalte sowie der öffentlichen Hand stiegen stark und sind nach wie vor eine Stütze der Konjunktur. Hinzu kommt ein anhaltender Boom in der Baubranche, die ein Plus von vier Prozent verzeichnete (*siehe auch den Artikel „Bauboom muss bei den Beschäftigten ankommen“ in diesem Bericht, S. 62–67*). Überdurchschnittlich entwickelten sich zudem die Dienstleistungsbereiche Information und Kommunikation sowie die Finanz- und Versicherungsdienstleister mit jeweils +2,9 Prozent. Die wirtschaftliche Entwicklung in Deutschland war damit 2019 zweigeteilt: Die meisten Dienstleistungsbereiche und das Baugewerbe verzeichneten

1 Vgl. IW Köln (2020).

2 Vgl. Statistisches Bundesamt (2020).



kräftige Zuwächse, die Wirtschaftsleistung in der Industrie ist eingebrochen, hat sich zu Beginn dieses Jahr allerdings etwas stabilisiert. Insgesamt steht für das Bruttoinlandsprodukt für 2019 so ein preisbereinigtes Plus von 0,6 Prozent. Zwar ist die Wirtschaftsleistung in Deutschland also auch im vergangenen und damit im zehnten Jahr in Folge gestiegen – die längste Wachstumsphase seit der Wiedervereinigung –, der Zuwachs lag aber deutlich unterhalb der Wachstumsraten der vergangenen Jahre und so niedrig wie zuletzt 2013. In den Sommerquartalen wurde gar eine „technische Rezession“ befürchtet, also ein Absinken der Wirtschaftsleistung in zwei aufeinanderfolgenden Quartalen. Es war der private Konsum, der im Zuge einer gestiegenen Kaufkraft die Binnennachfrage ankurbelte, die Konjunktur stützte und vor dem symbolbehafteten Rückgang bewahrte.

Die Schwäche erreicht allmählich auch den Arbeitsmarkt, obwohl Unternehmen ihre Beschäftigung größtenteils noch aufrechtzuerhalten versuchen. Die Arbeitslosigkeit stagnierte seit Mitte des Jahres

und stieg zum Jahresende im Vorjahresvergleich sogar geringfügig an. Dem leichten konjunkturellen Gegenwind zum Trotz ist die Lage auf dem Arbeitsmarkt nach wie vor sehr gut. Im gesamten Jahr 2019 war die Arbeitslosigkeit mit im Durchschnitt 2,27 Millionen Menschen so gering wie seit der Wiedervereinigung nicht mehr. Es gibt allerdings Vorboten einer zu Ende gehenden Hochkonjunktur. Obwohl sich Frühindikatoren wie die Zahl offener Stellen verschlechtert haben, zeigt sich der Arbeitsmarkt jedoch relativ stabil. Im laufenden Jahr könnte die Arbeitslosigkeit zwar leicht ansteigen, mittelfristig wird aber wieder mit einer Arbeitslosenquote von unter fünf Prozent gerechnet. Die Rekordjagd beim Zuwachs der Erwerbstätigkeit wird sogar durch ein stagnierendes Erwerbspersonenpotenzial – unter anderem durch mehr Renteneintritte als Eintritte in den Arbeitsmarkt – begrenzt. Für 2020 erwartet die Bundesagentur für Arbeit 120.000 Erwerbstätige mehr als 2019, wo es mit 45,3 Millionen wiederum rund 400.000 mehr waren als im Jahr zuvor.

Für das deutsche Wirtschaftswachstum in 2020 öffnen die diversen Prognosen wie üblich ein Spektrum, das diesmal von etwa 0,5 bis 1,1 Prozent reicht.<sup>3</sup> Die Schätzungen für das laufende Jahr wurden damit merklich nach unten korrigiert, nachdem sie im Frühjahr 2019 noch bei rund 1,5 bis zwei Prozent gelegen hatten. Die insgesamt schwache Expansion der deutschen Wirtschaft wird dabei sogar noch überzeichnet, da allein 0,4 Prozentpunkte des Wachstums auf eine größere Anzahl von Arbeitstagen im Jahr 2020 zurückzuführen sind; viele Feiertage fallen aufs Wochenende. Was schlecht ist für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, ist gut fürs Bruttoinlandsprodukt. Ob sich die tatsächliche Entwicklung wirklich innerhalb der prognostizierten Bandbreite bewegt, ist natürlich ungewiss, da sich vor allem Trendumkehrungen schlecht erahnen lassen. Unvorhergesehene Ereignisse oder Entwicklungen können keine Berücksichtigung finden. Ob sich in Deutschland die erwartete konjunkturelle Abkühlung zu einer Krise ausweitet, hängt maßgeblich davon ab, wie sich die vielfältigen Risiken entwickeln, beispielsweise der globale Handelskonflikt oder die weiteren Beziehungen zwischen der EU und dem Vereinigten Königreich nach dessen Austritt am 31. Januar. Die Gemeinschaftsdiagnose beziffert die negativen Effekte eines „harten“ Brexits – also einem Auscheiden aus dem gemeinsamen Binnenmarkt, dem nach der Übergangsphase bis Ende dieses Jahres kein Abkommen folgt – auf 0,3 bis 0,4 Prozentpunkte.<sup>4</sup> Die Beschäftigungsrelevanz des Handels mit dem Vereinigten Königreich hat das Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) errechnet und kommt auf 460.000 Arbeitsplätze, die 2017 direkt oder indirekt von den Exporten in das Vereinigte Königreich abhängen.<sup>5</sup> Gut 60.000 davon entfallen allein auf die Automobilindustrie. Das Institut für Makroökonomie und Konjunkturforschung (IMK) zeigt, dass der Handelsstreit zwischen den USA und der EU Deutschland potenziell großen Schaden zufügen könnte.<sup>6</sup> Der maximale Verlust beim Wirtschaftswachstum beträgt demzufolge 0,7 Prozentpunkte.

In einer Umfrage des Instituts der deutschen Wirtschaft (IW) sehen die Unternehmen gleichwohl nicht in diesen ungeklärten Fragen das größte Risiko für ihre Geschäftsabläufe, sondern in der Verfügbarkeit von Fachkräften.<sup>7</sup> 61 Prozent der Befragten äußern diese Sorge. Ein hohes Risiko durch beeinträchtigte Exporte (17 Prozent) oder Importe (11 Prozent) infolge eines Protektionismus oder die Angst vor einem No-Deal-Brexit (17 Prozent) sehen weit weniger Unternehmen. Fehlende Fachkräfte sind eine ernsthafte Gefahr für den Wirtschaftsstandort Deutschland, weshalb Konjunkturpolitik schon bei Bildungsangeboten ansetzen sollte. Zu geringe oder falsche Qualifikationen von (potenziell) Beschäftigten trüben die wirtschaftliche Lage ein.

### **Konjunktur und Arbeitsmarkt: trotz Beschäftigungsrekord erste Warnzeichen auch im Land Bremen**

Von den beschriebenen Entwicklungen und Unwägbarkeiten sind Bremen und Bremerhaven in besonderer Weise betroffen. Mit dem Industriesektor und den unternehmensnahen Dienstleistungen bereiten Bereiche Sorgen, die für den Zwei-Städte-Staat essenziell sind. Schwierigkeiten bei Automobilherstellern und -zulieferern könnten auch Bremen vergleichsweise harsch treffen. Die Abhängigkeit von Exporten ist so hoch wie in keinem anderen Bundesland, dementsprechend groß ist die Hoffnung, dass nach dem Brexit in der Übergangsphase bis zum Ende des Jahres Einigungen über die zukünftigen wirtschaftlichen Beziehungen erzielt werden. Gibt es keinen zufriedenstellenden „Deal“, wird der Handel mit Großbritannien schwieriger. Unter den am stärksten belasteten Branchen sind der Automobilbau, die Luft- und Raumfahrtindustrie und der Fischfang. Es überrascht daher nicht, dass zahlreiche Studien Bremen als eine der am stärksten betroffenen Regionen auf dem europäischen Festland nennen.<sup>8</sup> Die Auswirkungen auf die Wertschöpfung werden dabei meist als gravierender eingeschätzt als die auf den Arbeitsmarkt.<sup>9</sup> Auch an einer weniger erratischen US-amerikanischen Außenhandelspolitik und dem Verzicht auf Autozölle ist Bremen aus eigenem Interesse gelegen. Im vergangenen Jahr lag das Wirtschaftswachstum im

<sup>3</sup> Siehe beispielsweise Gemeinschaftsdiagnose (2019), IMK (2019a) oder BMWi (2020).

<sup>4</sup> Vgl. Gemeinschaftsdiagnose (2019).

<sup>5</sup> Vgl. IAB (2020).

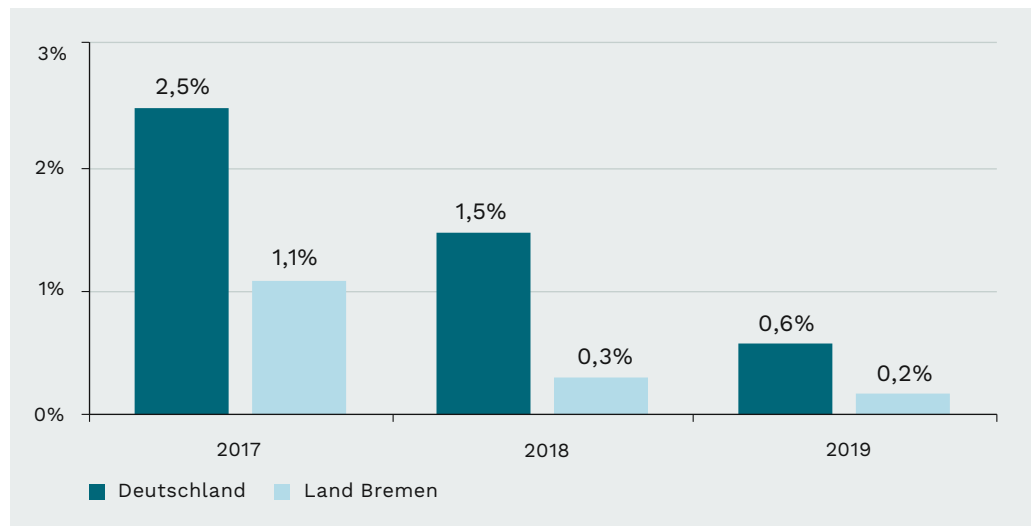
<sup>6</sup> Vgl. IMK (2019b).

<sup>7</sup> Vgl. Grömling/Matthes (2019).

<sup>8</sup> Statt vieler Bertelsmann Stiftung (2019).

<sup>9</sup> Vgl. IAB (2020) und Weber (2019).

**Abbildung 1:**  
**Wachstum des Bruttoinlandsprodukts**  
 preisbereinigt, vorläufige Ergebnisse



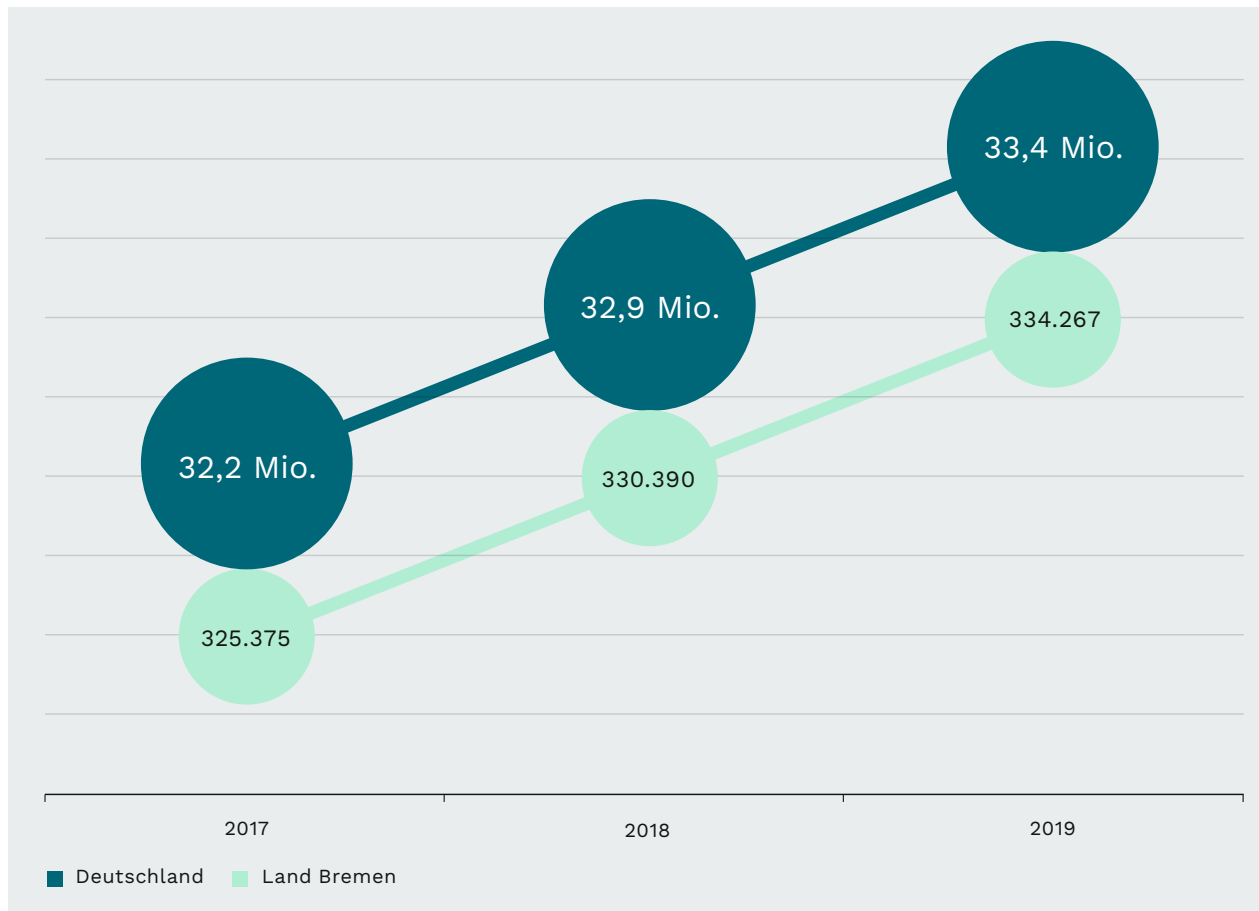
Quelle: Arbeitskreis VGR der Länder. Stand: April 2019  
 © **Arbeitnehmerkammer Bremen**

Bundesland Bremen nach ersten vorläufigen Berechnungen preisbereinigt bei 0,2 Prozent. Impulse kamen auch hier aus dem Dienstleistungsbereich (+ 1,3 Prozent), während das produzierende Gewerbe Rückgänge von drei Prozent verbuchen musste. Durch die Revision der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung wurden auch die Zahlen aus den Vorjahren korrigiert: Das Wachstum des Bruttoinlandsprodukts war in Bremen niedriger als zunächst vermeldet, tatsächlich lag es zuletzt 2012 über dem bundesweiten Durchschnitt.

Gut sieht es im Land Bremen weiterhin bezüglich der Beschäftigtenzahlen aus. Zumindest bis zum Juni des vergangenen Jahres, seither setzten auch hierzulande eine leichte Abschwächung der Dynamik und eine Verschlechterung der Frühindikatoren ein. Zur Jahresmitte 2019 waren 334.267 Menschen sozialversicherungspflichtig beschäftigt. Das sind 3.877 oder 1,2 Prozent mehr als zum gleichen Zeitpunkt 2018. Der Zuwachs fiel damit erneut geringer aus als im Bundesdurchschnitt. Deutschlandweit stieg die Beschäftigung um 1,6 Prozent auf 33,4 Millionen. Das Beschäftigungswachstum war damit hier wie da etwas schwächer als im Vorjahr. Im Land Bremen wurden mehr Frauen als Männer eingestellt, weshalb sich ihr Beschäftigtenanteil leicht auf 44 Prozent erhöht hat. Er ist aber nach wie vor

der geringste unter allen Bundesländern. Gestiegen ist erneut auch die Teilzeitbeschäftigung – vor allem die von weiblichen Beschäftigten. Erstmals arbeiteten mehr Frauen sozialversicherungspflichtig in Teil- als in Vollzeit. Unter den Männern liegt der Teilzeitanteil bei 14 Prozent. Rückläufig ist die Zahl der Minijobber. Insbesondere Frauen machten seltener einen „450-Euro-Job“, bei den Männern war die Zahl annähernd konstant. Weiterhin zu beobachten ist außerdem der Trend, dass nicht nur ausschließlich ein Minijob ausgeübt, sondern diesem im Nebenjob und als Zuverdienst nachgegangen wird. Unter den Branchen waren wissenschaftliche und technische Dienstleistungen (+ 1.077 Beschäftigte bzw. 3,5 Prozent), die Logistik (+ 994 bzw. 2,7 Prozent), die öffentliche Verwaltung (+ 722 bzw. 5,1 Prozent), der Bereich Erziehung und Unterricht (+ 692 bzw. 4,9 Prozent) und vor allem die IT- und Kommunikationsbranche (+ 663 bzw. 6,0 Prozent) die Gewinner, Verluste gab es neben der Arbeitnehmerüberlassung auch in den Finanz- und Versicherungsdienstleistungen (–298 bzw. 3,9 Prozent) und – wegen einer Betriebsverlagerung von Bremerhaven nach Cuxhaven (*siehe Artikel „Bauboom muss bei den Beschäftigten ankommen“ in diesem Bericht, S. 62–67*) – im Baugewerbe (–222 bzw. 1,7 Prozent). Dass die Zahl der Leiharbeiterinnen und -arbeiter weiter deutlich, nämlich um fast

**Abbildung 2:**  
Entwicklung der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung



Quelle: Bundesagentur für Arbeit, Beschäftigung am Arbeitsort zum 30. Juni  
© **Arbeitnehmerkammer Bremen**

2.400 oder 14 Prozent auf 14.326 zurückging, ist – anders als in den Vorjahren, in denen häufig Leiharbeit zugunsten regulärer Beschäftigung ersetzt wurde, da Betriebe ihr Personal enger binden wollten – diesmal kein gutes Zeichen, sondern Vorboten einer sich abkühlenden Konjunktur: In Arbeitslosigkeit gab es mehr Zugänge aus Erwerbstätigkeit – insbesondere aus der Zeitarbeit. So sind auf dem bremischen Arbeitsmarkt erste Bremsspurten erkennbar. Die Arbeitslosigkeit stieg insgesamt im Jahresdurchschnitt leicht an, die Zahl der zu besetzenden Stellen sank. Die rückläufige Arbeitskräftenachfrage ist ein weiterer Indikator für das schwieriger werdende wirtschaftliche Umfeld (*siehe für detailliertere Ausführungen die Artikel zu Wirtschaft und Beschäftigung in Bremen, S. 16-23 und Bremerhaven, S. 24-31 in diesem Bericht*).

In diesem Umfeld konnten sich zuletzt vor allem Beschäftigte mit hohem Bildungsniveau und hohen Anforderungen an ihre ausgeübte Tätigkeit behaupten: Die Zahl der „Spezialisten“ und „Experten“ stieg um 6,0 respektive 3,2 Prozent, während Helfertätigkeiten um 1,5 Prozent seltener gefragt waren. Dies korrespondiert mit einem gestiegenen Akademikeranteil: Fast 18 Prozent der Bremer Beschäftigten haben einen Hochschulabschluss. Die Arbeitslosenquote von Akademikerinnen und Akademikern beträgt nur rund ein Drittel der durchschnittlichen Quote. Die unter denjenigen ohne abgeschlossene Berufsausbildung ist hingegen rund sechsmal so hoch wie unter denjenigen, die eine Berufsausbildung abgeschlossen haben. Von einem Abschwung könnten so vor allem niedrig qualifizierte betroffen sein, die ihren Arbeitsplatz verlieren

und schwieriger einen neuen finden. Passen Qualifikationen nicht oder fehlen gar gänzlich, ist eine Vermittlung in einer rauer werdenden konjunkturellen Lage umso schwieriger. Es gilt daher, Beschäftigte ebenso wie Arbeitslose vermehrt zu qualifizieren und weiterzubilden – zumal auch im Land Bremen die wirtschaftliche Entwicklung durch die Fachkräftelücke beeinträchtigt werden wird, die die Babyboomer hinterlassen (*siehe auch den Artikel „Krise am Fachkräftemarkt verlangt nach Lösungen“ in diesem Bericht, S. 68–75*). Richtig und wichtig ist es zweifellos – vor allem in Phasen des Abschwungs –, die wirtschaftliche Transformation mit Qualifizierungsmöglichkeiten zu koppeln. Denn eine vorausschauende Arbeitsmarktpolitik nutzt ihre Ressourcen und Instrumente schon bevor Arbeitslosigkeit entsteht und antwortet auf den Strukturwandel mit verstärkten Bildungsanstrengungen.

---

„Von einem Abschwung könnten so vor allem niedrig Qualifizierte betroffen sein, die ihren Arbeitsplatz verlieren und schwieriger einen neuen finden.“

## Literatur

---

- Bertelsmann Stiftung (2019):** Die ökonomischen Folgen des Brexits für EU-Länder und Regionen. Zusammenfassung der Studie von Giorano Mion und Dominic Ponattu.
- BMWi [= Bundesministerium für Wirtschaft und Energie] (2020):** Jahreswirtschaftsbericht 2020, Stand: Januar 2020.
- Gemeinschaftsdiagnose (2019):** Industrie in der Recession – Wachstumskräfte schwinden. Gemeinschaftsdiagnose Herbst 2019 der Projektgruppe, 26. September 2019.
- Grömling, Michael/Matthes, Jürgen (2019):** Welche Risiken gefährden die deutsche Wirtschaft? IW-Kurzbericht 56/2019.
- IAB [= Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung] (2020):** Exportabhängige Arbeitsplätze sind über Branchen und Regionen ungleich verteilt. IAB-Kurzbericht 1/2020.
- IMK [= Institut für Makroökonomie und Konjunkturforschung] (2019a):** Wirtschaftsflaute hält an. IMK Report 150, September 2019.
- IMK [= Institut für Makroökonomie und Konjunkturforschung] (2019b):** Vom Zollscharmützel zum Handelskrieg. IMK-Report 151, November 2019.
- IW [= Institut der deutschen Wirtschaft] Köln (2020):** Autoländer: China ist Spitzenreiter, 10.01.2020.
- Statistisches Bundesamt (2020):** Deutsche Wirtschaft ist im Jahr 2019 um 0,6 Prozent gewachsen. Pressemitteilung Nr. 018 vom 15. Januar 2020.
- Weber, Enzo (2019):** Folgen des Brexit für Deutschland: Dämpfer für die Konjunktur, nicht für den Arbeitsmarkt. IAB-Forum, 7. Februar 2019.